



## biopoliti

Für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit

## Weltagrарhandel und EU-Agrарpolitik

Globale Agrarmärkte oder lokale Ernährungssouveränität

- Was regelt die Welthandelsorganisation?
- Welche Rolle spielen bilaterale Handelsabkommen?
- Die gemeinsame Agrарpolitik der EU – Selbstversorgung oder Export?
- Diskussion zum „Greening“ der Agrарpolitik
- Aktionen und Ideen

# Weltagrarrhandel und EU-Agrarpolitik

## Inhalt

Vorwort	3
<b>Weltagrarrhandel</b>	
1. Bedeutung des Weltagrarrhandels	4
2. Die Welthandelsorganisation (WTO)	
2.1 Die Abkommen der WTO	5
2.2 Grundprinzipien	6
2.3 Agreement on Agriculture: Nahrung als Menschenrecht oder Handelsware	6
3. Bilaterale Handelsabkommen	8
4. Warum treten Entwicklungsländer überhaupt der WTO bei und schließen bilaterale Wirtschaftsabkommen ab?	9
5. Agrarspekulationen	9
6. Handelsliberalisierung und die Folgen	9
7. Global Player	10
8. Alternativen	11
9. Aktionsvorschläge	12
<b>EU-Agrarpolitik</b>	
1. Die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU – Selbstversorgung oder Export	13
2. Was regelt die gemeinsame Agrarpolitik?	14
3. Vorschläge der EU Kommission zum „Greening“	15
4. Kritik der Verbände an den Kommissionsvorschlägen	15
5. Beispiel: Europäische Milchproduktion – Überproduktion mit System	16
6. Fleischproduktion in der EU: Flächenraub und Umweltzerstörung im Süden	17
<b>Aktionsvorschläge</b>	<b>18</b>
<b>Filme</b>	<b>18</b>
<b>Literatur und Hinweise auf Materialien für den Unterricht</b>	<b>19</b>
<b>Übersicht über Internetportale und Institutionen</b>	<b>19</b>

## Boxen/Exkurse

1. Das Streitschlichtungsverfahren der WTO (Dispute Settlement Body - DSB)	5
2. Interne Stützungsmaßnahmen nach WTO Einteilung	7
3. Bilaterale Verhandlungen EU- Agadir-Staaten	8
4. Das Handelsabkommen zwischen EU und AKP-Ländern	8
5. Fairer Handel – was ist das?	11
6. NEULAND Fleisch: Mit Futter aus der Region	12
7. Landwirtschaft in Deutschland	13
8. Marktpolitik = 1. Säule	14
9. Ausgleichspolitik = 2. Säule	14
10. Was ist Dumping	16

# Vorwort

---

Was wir täglich essen wächst bei Weitem nicht auf Feldern in der Nähe. Kein anderer Wirtschaftssektor ist globalisierter als der Handel mit Agrargütern.

Der internationale Handel wird durch weltweite Abkommen oder bilaterale Abkommen geregelt. Wie schwierig das ist, zeigt das Scheitern der Verhandlungen der Doha-Runde der Welthandelsorganisation und das Ringen um eine Reform der EU-Agrarpolitik für die Zeit von 2014 bis 2020.

Mehr Rechte für die Entwicklungsländer, mehr oder weniger „Greening“ bei der EU? Mehr Öko oder weniger? Welche Rechte sollen VerbraucherInnen haben? Wie fördert man eine Landwirtschaft, die die Umwelt schont, die Arbeitsplätze auf dem Land schützt und wirtschaftlich ist? Das weite Feld der Agrarpolitik betrifft nicht nur Bauern und Bäuerinnen, sondern alle! Die Entscheidungen in der EU und bei der WTO haben intensive Folgen für die Menschen in den Entwicklungsländern und ihre Ernährungssouveränität, aber auch darauf, welche Lebensmittel wir hier in Deutschland auf unsere Teller bekommen.

Dieses Heft soll einen Einblick geben in die vielen Verflechtungen und widersprüchlichen Interessenslagen von Verbrauchern, Industrie, Handel und Landwirten.

Schüler und Schülerinnen sollen erkennen, dass ihre Entscheidungen als Konsumenten Wirkung haben und es nicht egal ist, was wir essen und wie wir uns ernähren. Politische Zusammenhänge, Abhängigkeiten und die Frage der Macht und der demokratischen Kontrolle zeigen sich deutlich am Weltagrarhandel und in der Ausrichtung der EU-Agrarpolitik.

Dieses Heft wurde vorwiegend als Hintergrundinformation für Lehrer und Lehrerinnen konzipiert. Auch Schüler und Schülerinnen der Oberstufe können das Heft nutzen, wenn sie bereits über das nötige Grundlagenwissen verfügen. Das Heft enthält Aufgaben, Arbeitsaufträge und Ideen für den Unterricht und bietet eine Grundlage für weitere Recherchen zu diesem Themenbereich. Die meisten der angegebenen Quellen und weiterführenden Publikationen sind im Internet über Suchmaschinen verfügbar.

Im Rahmen unseres BIOPOLI-Bildungsprojektes können Sie übrigens unsere ReferentInnen einladen (siehe Hefrückseite). Können Sie dieses Heft für Ihren Unterricht nutzen? Dann freuen wir uns über ein Feedback an: [info@agrarkoordination.de](mailto:info@agrarkoordination.de)

**Ihr Team der  
Agrar Koordination**

---

# Weltagrарhandel

## 1. Bedeutung des weltweiten Handels

Handel haben Menschen schon immer getrieben. Aber noch nie hat es einen so weltumspannenden und umfangreichen Handel gegeben wie heute. Dabei betrifft das Welthandelsregime nicht nur Güter, sondern auch Dienstleistungen und Investitionen sowie Rechte des geistigen Eigentums (z.B. Patente).

Der weltweite Handel mit Agrargütern hat sich seit 2000 verdreifacht. Noch im Jahr 2004 betrug er 783 Mrd. US-Dollar. Bis 2012 ist dieser Handel auf 1 660 Mrd. US-Dollar gestiegen. Alleine im Jahr 2011 ist er wertmäßig aufgrund der stark gestiegenen Nahrungsmittelpreise um 21% gestiegen. Damit liegt der Anteil der Agrarprodukte am gesamten Welthandel bei über 9% (2011). Wegen der großen Produktionsüberschüsse sind die größten Exporteure landwirtschaftlicher Produkte die EU und die USA. Die 15 bedeutsamsten Agrarexporteure hatten im Jahre 2011 einen Anteil an den Agrarexporten von 81,5 %.

### Zu diesen TOP 15 zählen:

Europa (27 der EU + die übrigen)	(Rang 1)	47,2 %
USA	(Rang 2)	10,1 %
Brasilien	(Rang 3)	5,2 %
China	(Rang 4)	3,9 %
Kanada	(Rang 5)	3,6 %
Indonesien	(Rang 6)	2,9 %
Thailand	(Rang 7)	2,9 %
Argentinien	(Rang 8)	2,7 %
Malaysia	(Rang 9)	2,3 %
Indien	(Rang 10)	2,1 %
Australien	(Rang 11)	2,1 %
Russische Föderation	(Rang 12)	1,8 %
Neuseeland	(Rang 13)	1,5 %
Mexiko	(Rang 14)	1,4 %
Vietnam	(Rang 15)	1,3 %

Alle anderen Länder, darunter neben Japan und Israel auch die meisten Entwicklungsländer, haben zusammen nur einen Anteil von 18,5% (Quelle: WTO 2012: *Statistics: International Trade Statistics 2011*).

Der internationale Handel wird seit 1995 von der Welthandelsorganisation (WTO, World Trade Organisation) geregelt, die aus dem 1948 in Kraft getretenen GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) hervorging. Hiermit wurde auch der

Agrарhandel in das multilaterale Regelwerk aufgenommen, mit dem Ziel den Markt zu liberalisieren und sogenannte Handelshemmnisse wie z.B. Zölle abzubauen. Liberalisierung und Freihandel bedeutet die Beseitigung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen. Die Idee, die dahinter steckt ist, dass auf diese Weise in den Ländern jeweils die Produkte hergestellt werden, wo die Produktionskosten besonders niedrig sind. Dies hat jedoch zur Folge, dass umwelt- und arbeitsrechtliche Kosten nicht ausreichend mit einbezogen werden und der Arbeits- und Umweltschutz somit oft nicht genügend berücksichtigt wird. Ein weiteres Problem ist, dass letztlich stärkere Volkswirtschaften wie die der USA und der EU, die Wettbewerbssituation ihrer Unternehmen oder Produkte im Ausland einseitig zu verbessern suchen, indem sie uneingeschränkten Marktzugang für ihre Exporte fordern. Allerdings wird im Gegenzuge die handelsverzerrende Unterstützung beispielsweise ihrer Agrарproduktion nicht deutlich heruntergefahren. Gerade im Agrарsektor kann dies jedoch in Entwicklungsländern negative Auswirkungen haben, weil lokale Produzenten durch billige Importprodukte verdrängt werden und damit die Ernährungssicherung eines Landes gefährdet werden kann.

Die 9. Welthandelsrunde, die 2001 in Doha/Katar eingeleitet wurde, sollte „eine Entwicklungsrunde“ werden und insbesondere die Interessen der Entwicklungsländer in den Handelsregeln berücksichtigen. Sie ist jedoch noch zu keinem Abschluss gekommen. Die Industrieländer fordern einen weitestgehenden Abbau der Zölle auch in den Entwicklungsländern. Sie sind ihrerseits aber nicht bereit, ähnlich handelsverzerrende Zahlungen wie Direktzahlungen, mit denen die USA und Europa ihre Agrарwirtschaft stützen, deutlich herunterzufahren.

Während die WTO-Verhandlungen ruhen, haben sich zunehmend bilaterale und regionale Handelsabkommen, sowie Handelsabkommen zwischen verschiedenen Staaten unterschiedlicher Regionen ihren Weg gebahnt. Mittlerweile sind es über 300 Freihandelsabkommen weltweit. Sie versuchen nicht minder, den Freihandel voranzutreiben. Auf eine Art sind sie für Entwicklungsländer noch problematischer als die Verhandlungen im Rahmen der WTO, weil durch sie einzelne Länder gegeneinander ausgespielt werden und alte Hegemonien gefestigt werden (Beispiele hierzu sind in den Boxen auf Seite 8 zu finden).

## 2. Die Welthandelsorganisation (WTO)

Die WTO mit Sitz in Genf hat mittlerweile 158 Mitglieder. Russland ist als letzte wichtige Handelsnation 2011 Mitglied der WTO geworden. Somit decken die WTO-Mitglieder beinahe den gesamten Welthandel ab. Nach dem WTO-Selbstverständnis

sollen Zölle und andere Handelsbeschränkungen zwischen den Mitgliedsstaaten abgeschafft werden, um einen freien und grenzenlosen Welthandel zu ermöglichen. Den Kern dieser Anstrengungen bilden die WTO-Abkommen.

## 2.1 Die Abkommen der WTO

Die derzeit gültigen Abkommen wurden während der letzten abgeschlossenen Verhandlungsrunde, der Uruguay-Runde, zwischen 1987 und 1994 ausgehandelt. In ihnen spiegeln sich die Interessen der vier damals mächtigsten Handelsnationen (USA, EU, Japan und Kanada) und vor allem der in ihnen ansässigen transnationalen Konzerne wider.

Die wichtigsten Verträge sind:

- ▶ Das Abkommen zum Warenhandel (GATT, General Agreement on Tariffs and Trade, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen),
- ▶ Das Dienstleistungshandelsabkommen (GATS, General Agreement on Trade in Services, Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen),
- ▶ Das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS, Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) sowie
- ▶ Das Agrarabkommen (AoA., Agreement on Agriculture)



In den WTO-Übereinkommen werden Regeln festgelegt, die jedes Mitglied in die eigene Gesetzgebung umsetzen muss, weil es sonst gegen die Bestimmungen der WTO verstößt. Das kann, sofern dies ein anderes WTO-Mitglied in einem Streitfall anprangert, empfindliche wirtschaftliche Sanktionen nach sich ziehen (siehe Kasten zum Streitschlichtungsverfahren).

Alle Abkommen gelten für alle Mitglieder, unabhängig von ihrer jeweiligen Situation. Es wird also davon ausgegangen, dass ein System für die **ganze** Welt passt. Sogenannte Entwicklungsländer und die „am wenigsten entwickelten Länder“ (LDCs – least developed countries<sup>1</sup>) bekommen allerdings für die Umsetzung von Beschlüssen größere Übergangsfristen als die Industrieländer eingeräumt. Die sog. Entwicklungsländer haben auch – jedoch mehr auf dem Papier als in der Realität – Anspruch auf eine besondere und differenzierte Behandlung.

Das Vorhandensein des Streitschlichtungsverfahrens und die davon ausgehenden Sanktionen verleihen der WTO ihre Macht. „Die WTO ist als einzige internationale Institution mit einem Schiedsgericht und mit Sanktionsmacht ausgestattet, während es nicht annähernd vergleichbar starke internationale Institutionen gibt, die für Menschenrechte, soziale Rechte oder Umweltschutz eintreten. So kommt es, dass die Regeln der WTO auch wirtschaftsferne Politikbereiche durchdringen, und dass auf globaler Ebene letztlich die Wirtschaftsregeln die Gesellschaftsregeln dominieren.“ (Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, S. 512-513)<sup>2</sup>

### Das Streitschlichtungsverfahren der WTO (Dispute Settlement Body - DSB)

Für die Durchsetzung der WTO Abkommen wurde ein gerichtsartiges Streitschlichtungsverfahren geschaffen. Folgt ein Land einem WTO Urteil nicht, so können Strafen in Form von Strafzöllen, Ausgleichszahlungen oder Handelseinschränkungen verhängt werden. Im konkreten Fall kann dies bedeuten, dass einzelne Branchen starke Umsatzeinbußen haben können. Außerdem werden durch den DSB Konflikte zwischen Mitgliedsstaaten geregelt. Zwischen 1995 und 2009 waren es 401 Fälle, die vor dem DSB behandelt wurden. Die größte Zahl der Klagen betrifft die Industrieländer untereinander. Ein bekanntes Beispiel ist der Streit um gentechnisch veränderte Lebensmittelimporte aus den USA in die EU. Dabei verklagten die USA die EU, weil gentechnisch veränderte Lebensmittel nicht importiert werden durften. Die EU wurde schließlich zu einer Öffnung ihrer Märkte für diese Produkte verurteilt. Fraglich ist die demokratische Legitimation solcher Urteile, die letztlich mit einem drei-Personen-Panel gegen den Willen von 400 Mio. Wählern entscheiden.

### Aufgabe

Diskutieren Sie, was Sie von einem solchen Schiedsgericht und seinen weitreichenden Entscheidungen halten. Was spricht dafür, was spricht dagegen?

<sup>1</sup> Der Begriff der Entwicklungsländer wird hier verwendet, weil er weit verbreitet ist und daher alle wissen, was gemeint ist. Leider basiert er auf einer eindimensionalen Vorstellung von Entwicklung und wird sehr kontrovers diskutiert. Entwicklung wird demnach so ausgelegt, dass sich die sogenannten Entwicklungsländer in Richtung der Industrieländer entwickeln sollen. Alternative Konzepte und Vorstellungen haben hier keinen Raum.

<sup>2</sup> Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, 2008.

## 2.2 Grundprinzipien

Die Prinzipien des Handels bei der WTO sind sogenannte Diskriminierungsverbote:

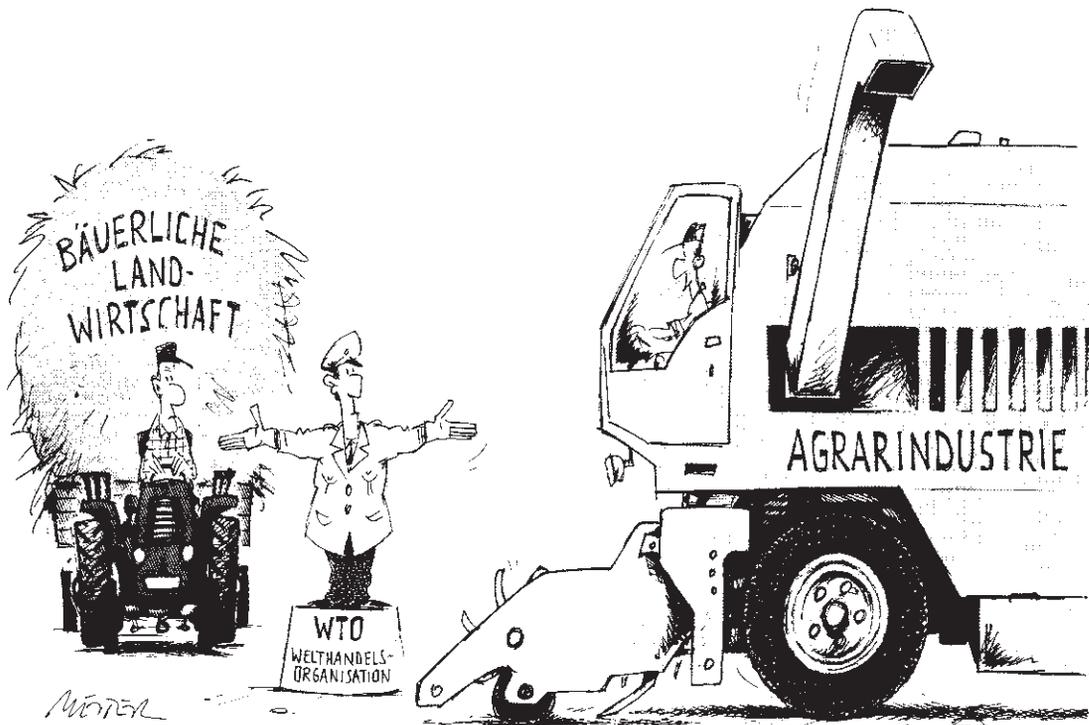
1. Meistbegünstigung: Handelspolitische Vorteile müssen allen WTO Mitgliedern gleichermaßen gewährt werden;
2. Inländerbehandlung: Importierte Waren müssen genauso behandelt werden wie einheimische.

Das multilaterale System der WTO hat viele Jahre Globalisierungsbefürworter- und kritiker auf den Plan gerufen. Heute scheint eine Globalisierung nicht mehr umkehrbar und es wird eher von den Befürwortern und Kritikern von einem unbegrenzten, auf weltweites Wachstum gerichteten Freihandel gesprochen. Die Befürworter eines solchen Freihandels, wie er durch WTO und bilaterale Abkommen zementiert wird, sind der Ansicht, dass der freie Handel zum wachsenden Wohlstand aller Länder beiträgt und automatisch Demokratisierungsprozesse

vorantreibt. Die Kritiker eines unbegrenzten Freihandels sind der Auffassung, dass die Ausgangssituation der Länder zu unterschiedlich ist und daher kein ehrlicher Freihandel stattfindet. So können auch an sich begrüßenswerte Qualitätsstandards reicherer Länder, Importe ärmerer Länder verhindern. Außerdem ist die Erhöhung des Brutto-Inland-Produkts keineswegs mit einer zurückgehenden Armut gleich zu setzen, denn, so sagen die Freihandelskritiker, profitieren tun zumeist nur einige wenige exportorientierte Unternehmen.

### Aufgabe

Recherchieren Sie verschiedene Ansichten zu diesem Thema und stellen Sie die Argumente gegenüber!



Das Abkommen, das am meisten Diskussionen und Proteste hervorgerufen hat, ist das Übereinkommen über die Landwirtschaft (AoA).

## 2.3 Agreement on Agriculture: Nahrung als Menschenrecht oder Handelsware

Für die WTO ist Nahrung eine Ware wie Autos oder Computer und ist wie alle anderen Güter den globalen Gesetzen des Marktes unterworfen. Für die anderen ist Nahrung und Nahrungssicherung ein Menschenrecht, dass anders behandelt werden muss als andere Handelswaren.

So wurde das Agrarabkommen nach langen und schwierigen Verhandlungen in der Uruguay-Runde ausgehandelt. Es

regelt den Marktzugang, legt Verpflichtungen für die interne Stützung (z.B. Subventionen) und für den Ausfuhrwettbewerb (Exportsubventionen) fest. Für Industrie- und Entwicklungsländer wurden unterschiedliche Vorgaben gemacht, in welchem Umfang bis zum Jahre 2000 bzw. 2004 Zölle, interne Unterstützungsmaßnahmen und Agrarexportsubventionen abgebaut werden müssen (siehe Tabelle).

	Durchschnittliche Kürzung der Zölle auf landwirtschaftl. Produkte	Durchschnittliche Kürzung der internen Stützungen	Durchschnittliche Kürzung der Exportsubventionen
Industrieländer	- 36 %	- 20 %	- 36 %
Entwicklungsländer	- 24 %	- 13 %	- 13 %

Quelle: [http://www.wto.org/english/thewto\\_e/whatis\\_e/tif\\_e/agrm3\\_e.htm](http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/agrm3_e.htm)

Generell sollen alle Maßnahmen nach und nach abgebaut werden, die den Handel behindern. Die letzten Agrarreformen der EU waren Antworten auf die Forderung des Abkommens, interne Stützungen, die die Produktionsmenge erhöhen und damit zu Überschüssen und Dumping in Entwicklungsländern führen, abzubauen. Allerdings ist es der EU wie den anderen Industrieländern nicht im gleichen Maße gelungen, ihre Agrarsubventionen herunterzufahren wie Entwicklungsländer ihre Zölle heruntergefahren haben.

### Zölle (Marktzugang)

Die Verhandlungen zum Marktzugang sind der schwierigste Teil der Verhandlungen. Zölle müssen umso mehr gesenkt werden, desto höher die Ursprungszölle eines Landes waren, damit man zu einer Vereinheitlichung auf niedrigerem Niveau kommt. Die „am wenigsten entwickelten Länder“ sind von jeder Marktöffnung freigestellt.

Die Industrieländer haben vereinbarte Senkungen im Zeitraum 1995 bis 2000 nicht erreicht.

### Interne Stützungsmaßnahmen (Subventionen)

Die Europäische Agrarpolitik zielte bisher darauf ab, insbesondere große Betriebe zu fördern. Dies hat sich durch die Abkopplung der Zahlungen von der Menge der Produktion auch nicht entscheidend geändert, da nun der größte Teil der Subventionen an die Flächen gebunden ist. Im Jahr 2010 wurden 39.675 Millionen Euro für diese Direktbeihilfen gezahlt.<sup>3</sup> Dies hat tatsächlich eine größere Wirkung als die Ausfuhrstützungen, die in demselben Zeitraum etwas weniger als 1% davon ausmachen. Die Regelungen der WTO und die der EU-Agrarpolitik müssen konform miteinander sein. Dies ist ein komplizierter Prozess. Sind z.B. Förderungen für eine ökologische Landwirtschaft in der EU wettbewerbsverzerrend? Dann könnten Mitglieder der WTO dagegen klagen.

Die Unterstützungsmaßnahmen werden in sogenannte Boxen eingeteilt: **Gelbe Box, Blaue Box und Grüne Box** (siehe Kasten). Nutznießer sind nicht in erster Linie die Bäuerinnen und Bauern in diesen Ländern, sondern hauptsächlich Großproduzenten der weiterverarbeitenden Industrie (Raffinerien, Molkereien, Schlachthöfe) und multinationale Handelsketten.

## Interne Stützungsmaßnahmen nach WTO Einteilung:

### Gelbe Box:

Die Maßnahmen sind produktionsgekoppelt, z.B. Preisstützungen und Anbauprämien, die einen Produktionsanreiz geben und damit handelsverzerrend wirken. In Hongkong vereinbart wurde eine dreistufige Kürzungsformel, bei der die größten Subventionierer die größten Kürzungen vornehmen müssen. Bei der EU fällt heute die Marktpreisstützung in die gelbe Box.

### Blaue Box:

Programme, die nur in einem bestimmten Gebiet oder mit einer begrenzten Anzahl von Tieren stattfinden, sind von Kürzungen ausgenommen. Direktzahlungen sind nur zugelassen, wenn sie die Produktionsmenge nicht erhöhen und sich nicht in den Preisen niederschlagen. In der Kritik stehen hier besonders die antizyklischen Preisausgleichszahlungen der USA. In der EU fällt hierunter z.B. die Flächenstilllegungsprämie.

### Grüne Box:

Diese Programme sind Förderprogramme, die nicht an Produktionsmengen gekoppelt sind. Die Kriterien der Grünen Box sollen überprüft werden, um sicherzustellen, dass auch Maßnahmen der Entwicklungsländer zu Entwicklungszwecken Berücksichtigung finden. Dies betrifft Nahrungsvorräte für Notfälle, landwirtschaftliche Forschung, Beratungsprogramme, Schädlingsbekämpfung, Marketingprogramme und Umweltprogramme. Diese brauchen nicht gekürzt zu werden.

### Exportsubventionen

Im Bereich des Exportwettbewerbs geht es um den Abbau aller handelsverzerrenden Exportfördermaßnahmen. Hierunter fallen nicht nur Exporterstattungen, sondern auch Exportkredite sowie Nahrungsmittelhilfen außerhalb von Notzeiten, die dazu dienen, Überschüsse der Geberländer zu beseitigen. Tatsächlich sind bei-

spielsweise in der EU in den letzten Jahren Exportsubventionen zu einem großen Teil heruntergefahren worden, wenn sie auch noch existieren und als Instrument bisher nicht abgeschafft wurden. Wie schon erwähnt, können aber auch andere Subventionen wie Direktzahlungen eine handelsverzerrende Wirkung entfalten.

<sup>3</sup> <http://eur-lex.europa.eu/budget/data/D2012/DE/SEC03.pdf>

## 3. Bilaterale Handelsabkommen

Wegen der Unstimmigkeiten in der Doha-Runde werden vermehrt Handelsabkommen in Form von bilateralen und regionalen Wirtschaftsabkommen geschlossen, wobei hier bilateral über den Wortsinn hinausgeht, denn es sind zumeist nicht nur zwei Staaten betroffen, aber im Unterschied zum multilateralen System der WTO weniger Länder. Bilaterale Abkommen zwischen zwei oder mehreren kräftemäßig ungleichen Handelspartnern haben den Nachteil, dass hier unter Druck bestimmte Regelungen vereinbart werden, häufig auch indem parallel mit anderen Ländern derselben Region verhandelt wird und damit eine Konkurrenzsituation ausgenutzt wird.

### Bilaterale Verhandlungen EU-Agadir-Staaten

Bisher existiert zwischen der EU und den vier Staaten Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien das sogenannte Agadir-Abkommen, das lediglich Zollvereinbarungen für einzelne Produkte regelt. Die EU strebt nun ein wesentlich weitreichenderes und umfassenderes Freihandelsabkommen an, durch das auch Regelungen rund ums geistige Eigentum und im öffentlichen Beschaffungswesen vorangetrieben werden sollen. Vordergründig möchte die EU damit den Ländern des Arabischen Frühlings in ihrem Demokratisierungsprozess helfen und eine „Partnerschaft für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand“ schaffen.

Tatsächlich gefährdet das neu angestrebte Abkommen allerdings die jung aufkeimenden Demokratien und in ihnen vor allem die kleinen und mittleren Betriebe, die bei umfassender Zollabschaffung, insbesondere mit den subventionierten Agrarprodukten der EU nicht konkurrieren könnten. Dies könnte nicht nur zur Zerstörung von Arbeitsplätzen führen, sondern würde damit wichtige Haushaltseinnahmen wegbrechen lassen, durch die Arbeitsplätze und Steuereinnahmen entstünden.<sup>4</sup>

Ein Demokratisierungsprozess wäre somit eher gefährdet, anstatt ihn zu stützen. Profitieren könnten von dem verbesserten Zugang zum EU Binnenmarkt nur exportorientierte Unternehmen. Doch auch von ihnen könnten nur wenige die komplexen Produktstandards der EU, die ebenso handelsverzerrend wirken wie Zölle, einhalten. Eine bereits 2008 von der EU Kommission in Auftrag gegebene Studie<sup>5</sup> über die Folgen eines EU-Mediterranen-Freihandelsabkommens erkennt, dass eine weitreichende Liberalisierung zumindest vorerst eine steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne, Einnahmeverluste des Staates und damit weniger Sozialausgaben sowie eine höhere Gefährdung ärmerer Familien gegenüber starken globalen Schwankungen der Nahrungsmittelpreise mit sich bringt. Ob dies, wie in der Studie angeführt, nur vorübergehender Natur wäre oder einen Genickbruch für die jungen Demokratien bedeuten könnte, ist nicht abzusehen.

### Das Handelsabkommen zwischen EU und AKP-Ländern

Ein weiteres unrühmliches Beispiel für bilaterale Handelsabkommen, die den Freihandel voranbringen sollen, ist das Abkommen zwischen der EU und den AKP-Ländern (79 Länder aus Afrika, Karibik und Pazifik, die oftmals frühere europäische Kolonien waren). Hintergrund ist, dass die AKP-Länder überwiegend zollfreien Zugang für ihre Produkte zum europäischen Markt gewährleistet bekommen haben, dies aber den Regeln der WTO widerspricht und daher auf längere Sicht angepasst werden soll. Dabei soll der Zugang zum europäischen Markt noch verbessert werden und im Gegenzug die AKP Länder ihre Märkte ebenso öffnen. Seit 2007 stocken jedoch die Verhandlungen, weil die EU als stärkerer Verhandlungspartner darauf besteht, dass die AKP-Länder nur noch 20% ihrer Produkte innerhalb von 15 Jahren mit Zöllen schützen dürfen. Dies geht sogar über die Regelungen der WTO hinaus, die hier keine genauen Vorgaben machen. Die AKP-Länder fordern jedoch 40% und einen größeren zeitlichen Spielraum, weil sie sich nicht wie die EU durch Agrarsubventionen einen handelspolitischen Vorteil verschaffen können.

Die EU geht bei den Verhandlungen sehr taktisch vor: Sie verhandelt mit einzelnen Ländern und setzt so andere unter Druck, ebenfalls zu ratifizieren. So will die EU in den Verhandlungen auch eine sogenannte Stillstandsklausel durchsetzen, die den AKP-Ländern verbietet, ihre verbleibenden Zölle sogar bezogen auf für die Ernährungssicherung sensiblen Produkte wie Milch, Fleisch und Futtermittel der jeweiligen Situationen flexibel anpassen zu dürfen. Genau dies ist aber notwendig, um sensible Produkte insbesondere im Agrarbereich vor Billigimporten zu schützen und Ernährungssicherung zu stärken. Die afrikanischen Staaten fordern eine Einbeziehung der Millennium-Entwicklungsziele und einen angemessenen zeitlichen Spielraum, um die Bemühungen zur Armutsbekämpfung nicht zu gefährden. Ebenso fordern deutsche Nichtregierungsorganisationen, dass sich die EU in den Verhandlungen weniger stur stellt und eine langsamere Marktöffnung akzeptiert, um die im Aufbau befindlichen Industrien der AKP Staaten besser zu schützen. Alles andere würde entwicklungspolitischen Bestrebungen entgegenwirken.

<sup>4</sup> Maja Volland, „Weitreichende und umfassende Freihandelsabkommen – ein Weg zu Demokratie und breitem Wohlstand im Mittelmeerraum?“ in Forum Umwelt und Entwicklung – Rundbrief 4/2012.

<sup>5</sup> [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2008/february/tradoc\\_137777.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2008/february/tradoc_137777.pdf)

## 4. Warum treten Entwicklungsländer überhaupt der WTO bei und schließen bilaterale Wirtschaftsabkommen ab?

Anfangs stand wahrscheinlich wirklich die Überzeugung dahinter, aus dem weltweiten Handel Nutzen ziehen zu können. Aber die Länder sind nicht frei in ihrer Entscheidung, denn über die Strukturanpassungsprogramme von IWF (Internationaler Währungsfond) und der Weltbank werden sie unter Druck gesetzt, ihre Landwirtschaft WTO-konform zu gestalten. Ohne eine Erfüllung dieser Auflage gibt es keine neuen Kredite und können alte Kredite nicht umgeschuldet werden. In den Weltfinanzinstitutionen IWF und Weltbank haben die reichen Länder die Mehrheit der Stimmen. Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank fordern häufig eine Kürzung der Sozialbudgets, die Streichung von Subventionen, die Abwertung der Landeswährung, und die Liberalisierung und Deregulierung der Märkte.

Ein weiterer Grund für den Beitritt zur WTO und den

Abschluss bilateraler Wirtschaftsabkommen ist, dass die sog. Entwicklungsländer einen besseren Zugang zu den Märkten der Industriestaaten erlangen wollen. Insbesondere die exportstarken Entwicklungsländer wie z.B. Brasilien, Thailand und Argentinien erhofften sich hierdurch große Vorteile. Tatsächlich hat es auch zum Reichtum einiger weniger geführt, nur betrifft dies oft nicht die Landwirtschaft, die die eigene Ernährung im Land sichert.

Das Stocken der WTO-Verhandlungen hat u.a. damit zu tun, dass sich die Entwicklungsländer weigern, einseitig Zugeständnisse zur Liberalisierung ihrer Märkte zu machen, auf der anderen Seite jedoch nicht in demselben Maße Industrieländer zum Abbau ihrer handelsverzerrenden Agrarsubventionen bereit sind.

## 5. Agrarspekulationen

Die seit wenigen Jahren vermehrten Spekulationen im Agrarbereich verschärfen die Situation der Menschen in den Entwicklungsländern zusätzlich. Infolge der Finanzkrise und der Unsicherheit auf dem US Immobilienmarkt suchen Pensions- und Hedgefonds nach neuen Möglichkeiten, ihr Geld anzulegen. Extremwetterereignisse (Dürren, Überflutungen usw.) sowie die Flächenkonkurrenz durch Landaufkauf anderer Staaten oder ausländischer Unternehmen (Landgrabbing) ohne Beteiligung

der lokalen Bevölkerung sowie der zusätzlichen Produktion von Agrartreibstoffen ließen die Nahrungsmittelpreise 2007/2008 deutlich steigen. Dies machte den Agrarsektor für Spekulanten international interessant. Durch den verstärkten Kauf von Wertpapieren im Agrarbereich wurden die Preise künstlich noch weiter in die Höhe getrieben, was mit einem Anstieg der Zahl der Hungernden einherging. Dies geht vor allem auf Kosten derer, die Nahrungsmittel kaufen müssen um zu überleben.

## 6. Handelsliberalisierung und die Folgen

Stellen wir uns vor, dass alle landwirtschaftlichen Systeme der Welt mit der gleichen „Effizienz“ produzierten wie die in der EU und den USA: dann würden 2 Mrd. Menschen der 3,1 Mrd., die von der Nahrungsproduktion leben, nicht mehr gebraucht und verlören ihr Einkommen aus der Landwirtschaft. Der Liberalisierungstheorie zufolge würden sie in anderen (Industrie-)Bereichen Arbeit finden und das Heer der schlecht bezahlten und ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeiter vergrößern, die ohne Alternative unter jedweden sozialen, umwelt- oder arbeitsrechtlichen Bedingungen arbeiten.

Die Ausbreitung einer großflächigen, firmengeführten industrialisierten Landwirtschaft weltweit hätte fatale Auswirkungen auf die Ernährungssouveränität<sup>6</sup> der Länder, auf die Umwelt (hoher Energie-, Pestizid- und Wasserverbrauch), auf die Sicherheit von Lebensmitteln (Rückstände, Gentechnik, Reinheit) und über alle drei Faktoren auf die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten.

40% der Weltbevölkerung leben hauptsächlich von der Landwirtschaft, der größte Teil davon sind Kleinbauern.<sup>7</sup> Diese ernähren 70% der Menschheit. Die Verdrängung von Kleinbauern von den Märkten verschärft sich durch Handelsliberalisierung und den Wegfall der Importzölle. Dies wird durch eine zunehmende Flächenkonkurrenz, durch Klimawandel und die Produktion von Agrartreibstoffen noch verstärkt. So kommt es, dass schon heute der größte Teil der fast eine Milliarde Hungernden weltweit ausgerechnet dort leben, wo Nahrungsmittel produziert werden: Auf dem Land.

Aber auch in den Industrieländern nimmt die Rationalisierung der Betriebe zu. Nach dem Motto „Wachse oder Weiche“ haben von 1991 bis 2010 die Hälfte der Betriebe aufgegeben.

Die Profiteure des Weltagrarhandels sind die großen Agrarhandelsunternehmen wie beispielsweise Bunge, Archer Daniels Midland (ADM) und Cargill. Allein Bunge konnte im Jahr 2008 seinen Gewinn um 189% steigern.

<sup>6</sup> Ernährungssouveränität ist das Recht für Völker, Länder und Ländergruppen, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu definieren, um die eigene Bevölkerung mit qualitativer Nahrung zu versorgen, die ausreichend, gesund und nahrhaft ist sowie kultureller Gewohnheiten entspricht.

<sup>7</sup> siehe [www.weltagrarbericht.de](http://www.weltagrarbericht.de)

## 7. Global Player

Zwei Drittel des globalen Handels gehen durch transnationale Konzernmutterhäuser (TNC) und ihre Zweigfirmen und angeschlossenen Unternehmen. Eine Studie der ETH Zürich, die 2011 insgesamt 43060 transnationale Konzerne untersuchte, die in 116 Ländern arbeiteten, zeigte, dass 737 Firmen 80% des Wertes aller TNC darstellen. 147 Firmen kontrollierten in 2007 40 % des monetären Wertes aller TNC, die Mehrheit davon im Finanzsektor (Investment Banken, Broker, Versicherungen).

Im landwirtschaftlichen Sektor sind vier Firmen, genannt die ABCD Gruppe, (Archer Daniels Midland, Bunge, Cargill und Louis Dreyfus) für schätzungsweise 75% bis 90% des weltweiten Getreidehandels verantwortlich.

Nachdem sie die Kontrolle über den kommerziellen Saatgutmarkt erlangt haben, bestimmen 6 Firmen (BASF, Bayer, Dow Agrochemicals, DuPont, Monsanto, Syngenta) die Prioritäten und zukünftige Richtung der Agrarforschung. Zusammen machen sie mit Saatgut, Genetik und Agrarchemie 50 Mrd. US\$ Umsatz im Jahr. Sie geben 4,7 Mrd. US\$ für landwirtschaftliche Forschung und Entwicklung aus.



Für Kleinbauern in den Entwicklungsländern ist die schnelle Öffnung der Märkte eher problematisch. Billige Agrarexporte aus Europa und den USA überfluten die Märkte Afrikas und anderer Entwicklungsländer. Kleinbauern können ihre Produkte nicht mehr verkaufen und müssen aufgeben. Wo Länder früher noch Nettoexporteure waren, werden sie heute zu Nahrungsmittelimporteuren. Durch die wachsende Importabhängigkeit ist die Bevölkerung dieser Länder noch stärker den Nahrungsmittelpreisen auf dem Weltmarkt und ihrer starken Schwankungen durch Agrarspekulationen unterworfen.

So hat beispielsweise Mexiko durch das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) sich dazu verpflichtet ab 1994 innerhalb von 15 Jahren sämtliche Zölle auf US-amerikanische und kanadische Importe abzubauen. Mexiko baute seine Zölle ab, wohingegen die USA ihre Agrarsubventionen noch steigerten. Daraufhin verdreifachte sich die Menge der Maisimporte nach Mexiko, weil die US-Unternehmen ihren Mais 20% unter dem mexikanischen Erzeugerpreis verkaufen konnten. In Mexiko, dem Ursprungsland des Mais, haben seit 1994 daraufhin 1,5 Mio. Bauern ihre Betriebe aufgegeben. Im Zuge der verstärkten Ethanolgewinnung aus Mais in den USA kam es zur sogenannten Tortillakrise, weil die Preise von Mais sprunghaft anstiegen.

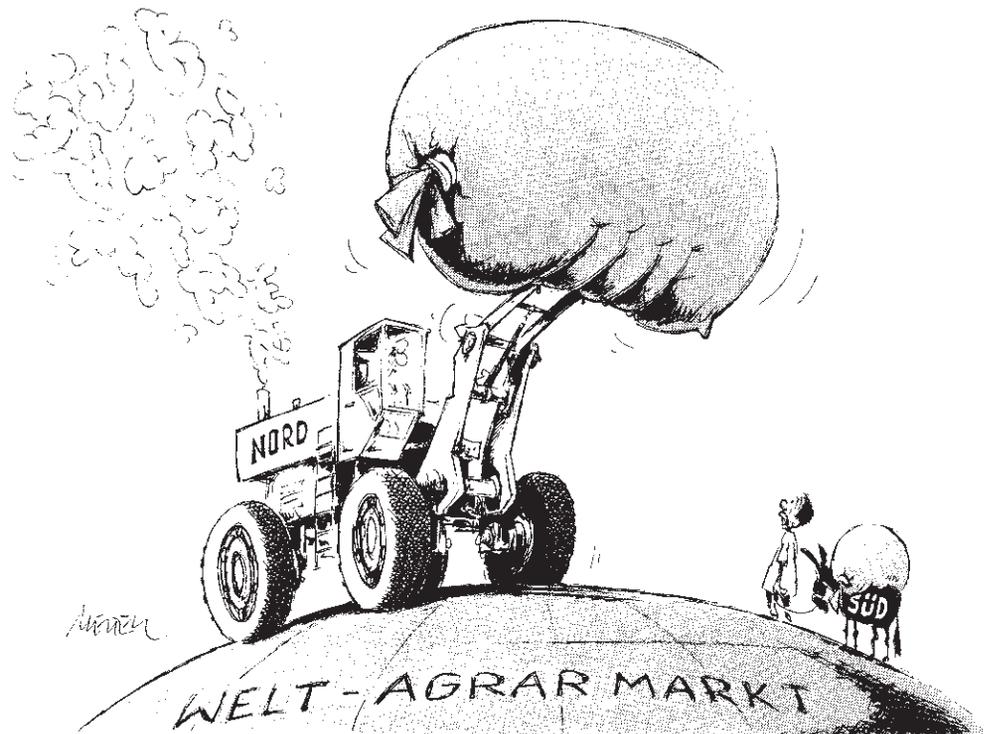


ADM verarbeitet Sojabohnen, Raps und Palmöl im Hamburger Hafen

Foto © Ursula Gröhn-Wittern

**Fazit:** Kleine Bäuerinnen und Bauern im Norden wie im Süden werden von der Handelsliberalisierung negativ betroffen, sehr unterschiedlich ist allerdings ihre Abhängigkeit von dem Einkommen aus der Landwirtschaft.

Ob eine Öffnung des europäischen Marktes zu weniger Armut und weniger Hunger führen würde, ist nicht klar. Bei Ländern, in denen die Mehrzahl der Bäuerinnen und Bauern gar nicht für den Weltmarkt produziert, ist das unwahrscheinlich. Diese Länder müssten ihre ProduzentInnen gegen billige Importe schützen können. Bei exportorientierten Ländern wie Brasilien oder Argentinien ist das anders. Doch dort verlieren Kleinbäuerinnen und -bauern ihr Land an große Agrarfirmen, die für den Export produzieren und wandern oftmals in die Slums der Städte. Liberalisierung des Agrarmarktes hilft also in erster Linie den Großproduzenten in Nord und Süd und den Agrarchemie- und Handelsunternehmen.



## 8. Alternativen

Im Gegensatz zum Export von Nahrungsprodukten ist die lokale Vermarktung für Kleinbauern in Entwicklungsländern oft sinnvoller und stärkt außerdem die Ernährungssouveränität und Unabhängigkeit des Landes. Auch der Weltagrarbericht<sup>8</sup> von 2008, der mit Hilfe von über 400 Landwirtschaftsexperten weltweit zustande gekommen ist, propagiert eine vielfältige Landwirtschaft mit geringem Aufwand an Pestiziden und synthetischem Dünger. Wichtig sind hierbei lokale Ver-

marktungsmöglichkeiten, die es kleinbäuerlichen Familien auf längere Sicht ermöglichen, ihr Einkommen zu erwirtschaften. Diese Produkte müssen allerdings vor billigen Lebensmitteln aus anderen Ländern durch Zölle geschützt werden können. Daher kann ein gerechter Welthandel nur stattfinden mit entsprechend fairen Regeln, die je nach Situation der Länder ein Leben der Kleinbauern ermöglichen.

### Fairer Handel – was ist das?

Im Fairen Handel bestehen zwischen Genossenschaften oder Unternehmen mit sozialer und ökologischer Verantwortung in sog. Entwicklungsländern und fairen Importorganisationen im Norden (z.B. gepa in Wuppertal, dwp in Ravensburg und El Puente in Hildesheim, el rojito in Hamburg) Handelsverbindungen, die langfristig, zuverlässig und partnerschaftlich sind. Fair heißt, dass die Menschen, die Produkte anbauen oder herstellen, gerechte Löhne bzw. Preise im Voraus bekommen, dass die Waren direkt bei den Organisationen der Produzenten/innen gekauft werden, dass besonders benachteiligte Produzenten/innen gefördert werden und dass ökologische Landwirtschaft gefördert wird. Fairer Handel ist ein Schritt hin zu einer gerechteren Weltwirtschaft. Das Gute daran ist: Wir alle können mitmachen, indem wir fair gehandelte Produkte kaufen. Jeder Verkauf fair gehandelter Produkte kommt den Produzenten/innen zugute. Das bringt ihnen u. a. höhere Einnahmen, die sie dringend brauchen für Investitionen in die Zukunft, z.B. für die Schulbildung ihrer Kinder, für soziale Projekte wie Gesundheitsfürsorge oder für die Anschaffung neuer Gerätschaften.

Fair gehandelte Waren gibt es in Weltläden, in vielen Supermärkten und in Naturkostläden. Nachfragen lohnt sich! Weitere Infos unter: [www.weltlaeden.de](http://www.weltlaeden.de)



### Aufgabe

Machen Sie eine kleine Umfrage innerhalb Ihres Kurses dazu, wer regelmäßig oder hin und wieder fair gehandelte Waren kauft! Diskutieren Sie die Bedeutung der fair gehandelten Produkte und ihre Probleme. Überlegen Sie sich Alternativen!



## NEULAND Fleisch: Mit Futter aus der Region

Als das NEULAND- Qualitätsfleischprogramm aus besonders tiergerechter Haltung 1988 gegründet wurde, waren die Weltagrarhandelsströme nicht viel anders als heute. Die Eiweißversorgung der meisten Schweine und Rinder in Europa erfolgte mit billigen Soja aus Südamerika. Dafür wurde und wird der Regenwald geopfert, um Anbaufläche zu bekommen. Diese Anbaufläche fehlt aber der menschlichen Ernährung. Am Exporthandel des Soja verdienen kaum die Kleinbäuerinnen und -bauern, sondern vor allem die Großgrundbesitzer und Händler.

Diesen Irrsinn wollte NEULAND nicht mitmachen und hat darum mit einer Initiative der Agrar Koordination den Einsatz von Übersee-Soja zunächst auf höchstens 10% beschränkt. Mittlerweile ist jedoch Übersee-Soja bei der NEULAND- Fütterung verboten.

Damit leistet NEULAND einen entwicklungspolitischen Beitrag und stärkt hier bei uns regionale Wirtschaftskreisläufe beim Futter. Auch hier heißt „Regional ist erste Wahl“, weniger Verkehrsbelastung und mehr Wertschöpfung bei der Bäuerin und beim Bauern. Die Tiere genießen bessere Haltungsbedingungen als in vielen Biobetrieben. [www.neuland-fleisch.de](http://www.neuland-fleisch.de)

## Aufgaben

Diskutieren Sie die Annahme der WTO, dass Nahrung eine Ware wie jede andere ist.

Suchen Sie alternative Einkaufsmöglichkeiten in Ihrer Umgebung und zeigen Sie die Vorteile für Verbraucher/innen und Produzenten/innen auf. Welche Fair Trade Produkte gibt es?

Preisvergleich: Was kostet ein 1 kg Schweinefleisch, 1 l Milch, 6 Eier o.ä. jeweils im Discounter, im Supermarkt und im Bioladen? Lässt sich ermitteln, wie und unter welchen Bedingungen die Waren produziert wurden und wie weit sie transportiert wurden?

Schauen Sie sich auf youtube folgenden Kurzfilm „Agrarprofit – der Film“ (5,5 Min.) an:  
<http://www.youtube.com/watch?v=pgCD-4Q-4Wo>

Überlegen Sie, was die dort angeschnittenen Themen mit dem Thema Agrarhandel zu tun haben. Reden Sie in kleinen Gruppen anschließend über die Wirkung der Standverkäufer auf die Passanten.

Erstellen Sie eine Ausstellung: Was esse ich an einem Tag? Woher kommen die verzehrten Produkte?



25.000 Menschen demonstrierten am 19.1.2013 in Berlin unter dem Motto: „Wir haben es satt! Gutes Essen. Gute Landwirtschaft.“

Foto © Ursula Gröhn-Wittern

# EU-Agrarpolitik

## 1. Die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU – Selbstversorgung oder Export

Seit Beginn der europäischen Integration 1963 ist die Agrarpolitik eines der größten und am stärksten integrierten Aufgabenfelder. Das heißt in diesem Politikfeld werden Entscheidungen und Gesetze fast ausschließlich auf Ebene der Staatengemeinschaft getroffen und dann in den Nationalstaaten innerhalb ausgehandelter Handlungsspielräume umgesetzt. Dies setzt ein starkes Interesse an einer gemeinsamen Regelung voraus. Die EU schafft

so einen großen Binnenmarkt zwischen den Mitgliedsstaaten, der gegenüber dem Weltmarkt abgegrenzt werden kann. Die Rahmenbedingungen für Handelsbeziehungen mit dem Weltmarkt können gemeinsam festgelegt werden. Die Mitgliedsstaaten bringen sehr unterschiedliche strukturelle und geographische Voraussetzungen sowie wirtschaftliche Zielsetzungen ein.

### Landwirtschaft in Deutschland

Im Jahr 2010 gab es in Deutschland rund 300 700 landwirtschaftliche Betriebe. Im Vergleich zu 2007 ging die Zahl der Betriebe um rund 20 900 zurück. Das entspricht einer jährlichen Abnahmerate von 2,2 Prozent.

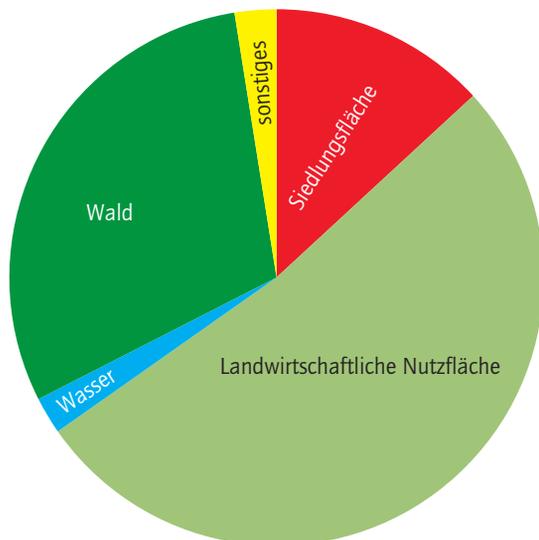
Von der Gesamtfläche Deutschlands (35,7 Mio. ha im Jahr 2010) ist knapp die Hälfte, d.h. 18,6 Mio. ha landwirtschaftlich genutzte Fläche <sup>9</sup>.

Durchschnittlich bewirtschaftete ein landwirtschaftlicher Betrieb 2010 somit rund 56 ha - im Vergleich zu 52 ha im Jahr 2007. Dabei werden 55 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche mittlerweile von Betrieben bewirtschaftet, die über mehr als 100 ha Fläche verfügen, wobei die ostdeutschen Betriebe aus historischen Gründen eine im Durchschnitt viel größere Flächenausstattung haben.

In Deutschland waren im Jahr 2010 rund 1,1 Mio. Menschen haupt- oder nebenberuflich in der Landwirtschaft tätig.<sup>10</sup>

In der gesamten Agrar- und Ernährungswirtschaft mit den sogenannten vor- und nachgelagerten Bereichen der Landwirtschaft arbeiten rund 4,7 Mio. Menschen, also fast 12 % der Erwerbstätigen. Darin enthalten sind Verarbeitung, Gastronomie und Lebensmittelhandel sowie Wirtschaftsbereiche, von denen die Landwirtschaft ihre Inputs kauft, wie z.B. Landtechnik, Saatgut- und Futtermittelhandel oder Düngemittelhersteller.

Der Vorgang der Veränderung wird Strukturwandel genannt und bezieht sich in der Landwirtschaft auf die Abnahme der einzelnen Bauernhöfe und Zunahme der Flächenausstattung der übrigen Betriebe. Dies wurde durch politische Entscheidungen verschärft, indem die Intensivierung der Produktion gefördert wurde und Maßnahmen zur Erreichung niedriger Produktpreise den Wettbewerb und Kostendruck erhöhten.



- Siedlungsfläche: **4,7 Mio. ha**
- Landwirtschaftliche Nutzfläche (mit Moor, Heide, Brache, un bebauten Betriebsflächen – d.h. Betriebsfläche ohne Wald und Wasser): **18,6 Mio. ha**
- Wasser: **0,8 Mio. ha**
- Wald: **10,7 Mio. ha**
- Sonstiges: **0,9 Mio. ha**

<sup>9</sup> Hektar (ha) landwirtschaftliches Flächenmaß: 1 Hektar = 1 ha = 0,01 km<sup>2</sup> = 100x100 m – das entspricht in etwa der Größe eines Fußballfeldes

<sup>10</sup> Statistisches Bundesamt: [www.destatis.de](http://www.destatis.de) und [www.regionalstatistik.de](http://www.regionalstatistik.de)

Aktueller Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung: [www.bmelv-statistik.de/de/agrarpolitik-daten-und-fakten](http://www.bmelv-statistik.de/de/agrarpolitik-daten-und-fakten)

## 2. Was regelt die Europäische Landwirtschaftspolitik?

Der Anteil der Agrarausgaben am EU-Haushalt ist, auch durch wachsende Bedeutung anderer Politikbereiche, immer mehr zurückgegangen – von nahezu 70 % in den siebziger Jahren auf knapp 34 % im Zeitraum 2007 bis 2013. Durch Verteilung des zur Verfügung stehenden Geldes über Maßnahmen wie Zuschüsse, Förderprogramme und Zölle versucht die Politik Entwicklungen zu lenken und die Erzeuger von Nahrungsmitteln zu beeinflussen.

Die Ziele der EU-Agrarpolitik haben sich über die Zeit immer wieder verändert und ihren Rechtsrahmen durch regelmäßige Reformprozesse angepasst. In der Nachkriegszeit bestand das Hauptziel darin, die Bevölkerung mit ausreichend Nahrungsmitteln zu versorgen. Zu Beginn der GAP wurden also vor allem Maßnahmen ergriffen, um die Produktivität der Landwirtschaft zu erhöhen.

Mittlerweile geht es verstärkt um die Wettbewerbsfähigkeit und Beteiligung der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft auf dem weltweiten Markt. Exportmöglichkeiten für europäische Produkte vergrößern den Markt und tragen zum Wirtschaftswachstum bei. Außerdem wurden Regelungen zur Gewährleistung der Nahrungsmittelsicherheit immer wichtiger. Denn in den Wertschöpfungsketten vom Acker bis zum Teller sind für die Kunden zunehmend unübersichtliche, überregionale Strukturen entstanden, so dass zur Transparenz und Qualität Vorgaben entwickelt wurden.

Hinzu kommen Maßnahmen zum Tierschutz und zur Bewältigung von Umweltherausforderungen wie Klimawandel, Wasserbewirtschaftung, Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen für z.B. Energie und den Erhalt der Biodiversität. Eine zunehmende „Verstädterung“ machte speziell die Unterstützung ländlicher Gebiete notwendig, aus denen ohne Förderung von Infrastruktur und Konzepten zur Entwicklung der Regionen Menschen und Unternehmen weiter in die Städte abwandern.

In der Anfangszeit der gemeinsamen EU-Agrarpolitik, als eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung für die Bevölkerung erreicht werden musste, wurde die Produktionssteigerung gefördert. Wichtigstes Instrument dieser Zeit bis Anfang der 90er Jahre war die Festlegung von **garantierten Mindestpreisen** für landwirtschaftliche Produkte. Überschüsse, die zu einem Preisverfall führen könnten, wurden mit EU Geld aufgekauft und eingelagert. Durch **Zölle** wurde verhindert, dass landwirtschaftliche Produkte aus anderen Teilen der Welt günstiger als zu Garantiepreisen auf den EU-Markt gelangten. Um die Kosten für die öffentliche Lagerhaltung gering zu halten, wurden **Exportsubventionen** eingeführt. Diese dienten den exportierenden Unternehmen zum Ausgleich der Differenz zwischen dem internen Mindestpreis und dem niedrigeren Weltmarktpreis.

Seit der Reform der europäischen Landwirtschaftspolitik im Jahr 1999 ist die GAP in zwei Tätigkeitsbereiche eingeteilt worden:

### Marktpolitik = 1. Säule

Die Marktpolitik umfasst als größten Posten die sogenannten Direktzahlungen, die als Betriebsprämien pro Hektar an die LandwirtInnen ausgezahlt werden. Seit 2003 werden die Zahlungen mehr und mehr von der Art der Produktion entkoppelt, d.h. unabhängig und nach Fläche ausgezahlt. Die Umsetzung findet in den Mitgliedsstaaten unterschiedlich schnell statt; in Deutschland nähert sich der Betrag je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche 300 Euro an.

Die Nutznießer von Agrarförderungen, soweit es sich um juristische Personen handelt, werden im Internet veröffentlicht unter [www.agrar-fischerei-zahlungen.de](http://www.agrar-fischerei-zahlungen.de).<sup>11</sup>

Zusammen mit Instrumenten der Marktordnung, die für die gesamte Agrar- und Ernährungswirtschaft angewendet wird, wie Zölle, Lagerhaltung und Exportsubventionen ist dies die sogenannte 1. Säule der EU-Agrarpolitik.

### Ausgleichspolitik = 2. Säule

Die EU hat mit der 2. Säule eine Ausgleichspolitik geschaffen, die zumindest stückweise negative Auswirkungen durch Förderungen aus der 1. Säule oder anderer Politikbereiche entgegenwirken soll. So entstanden zunehmend gesellschaftlich kritisch gesehene Probleme aufgrund der Förderung von Rationalisierung, Spezialisierung und Weltmarktorientierung der Landwirtschaft: Die Betriebe geraten unter starken Kostendruck, die negativen Umweltauswirkungen werden immer stärker und die Abwanderung von Menschen und Einkommensmöglichkeiten aus ländlichen Gebieten immer größer.

Um dem etwas entgegen zu setzen, wurden neue Programme in der finanziell viel schwächer ausgestatteten 2. Säule entwickelt. Hier ist die Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Umweltschutz und ländlicher Entwicklung angesiedelt. Die enthaltenen Maßnahmen müssen kofinanziert werden, d.h. aus dem EU Haushalt wird nur ein Anteil von durchschnittlich 50 % bezahlt, der Rest muss vom Mitgliedsstaat bzw. deren Bundesländern getragen werden. Den größten Anteil machen in der 2. Säule bisher die **Agrarumweltmaßnahmen** aus, dicht gefolgt von Programmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Hierunter fallen hauptsächlich **Investitionsbeihilfen** für Stallbauten zur Betriebsvergrößerung sowie **Ausgleichszahlungen** für Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten, die naturräumlich schwer zu bewirtschaften sind und besonders von Abwanderung bedroht sind.

Vom Gesamthaushalt für die GAP 2010 von 57,4 Mrd. Euro wurden 43,4 Mrd. Euro für die erste Säule und 14 Mrd. Euro für die zweite Säule ausgegeben.

<sup>11</sup> Der Europäische Gerichtshof (EuGH-Rechtssache C-92/09 und C-93/09) hat am 9. November 2010 die Vorschriften über die Veröffentlichung von Informationen über die Zahlungsempfänger von Agrarbeihilfen für ungültig erklärt, soweit natürliche Personen betroffen sind. Hinsichtlich der Veröffentlichung von juristischen Personen haben sie grundsätzlich jedoch weiterhin Gültigkeit. Daher werden derzeit auf Grund entsprechender Anpassung der EU-Rechtsgrundlagen ausschließlich Informationen ausgewiesen, soweit sie juristische Personen, die nach deutscher Gesetzgebung eine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen, oder Vereinigungen juristischer Personen ohne eigene Rechtspersönlichkeit betreffen

## 3. Vorschläge der EU Kommission zum „Greening“<sup>12</sup>

### Bindung an allgemeine Ökologierungsmaßnahmen:

Die EU-Kommission schlägt vor, 30 Prozent der Direktzahlungen unmittelbar daran zu binden, dass der Betrieb auf seinen Nutzflächen mindestens einige wenige Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz beachtet bzw. durchführt („Ökologisierungskomponente“). Darüber hinaus will die Kommission alle Empfänger von Direktzahlungen verpflichten, diese Maßnahmen umzusetzen, so dass Betriebe, die die Maßnahmen nicht erfüllen, höhere Kürzungen als 30 Prozent hinnehmen müssen.

Als Umweltmaßnahmen schlägt die Kommission folgende drei vor:

#### 1. Fruchtfolge bzw. Fruchtartenvielfalt:

Eine Fruchtfolge mit vielen verschiedenen Kulturen ist gut für die Bodenfruchtbarkeit, das Verhüten von Pflanzenkrankheiten und die Biodiversität. Auf vielen Standorten wird mittlerweile nur noch eine Art immer wieder angebaut oder nur noch zwei oder drei. Eine weite (vielfältige) Fruchtfolge wird als ökologisch sinnvoll und wertvoll angesehen.

Betriebe mit mehr als 3 ha Ackerland bauen mindestens drei verschiedene Kulturen im Jahr an, wobei keine Kultur mehr als 70 Prozent und keine weniger als 5 Prozent der Ackerfläche ausmacht.

#### 2. Dauergrünland-Erhalt:

Dauergrünland sind Wiesen und Weiden die jahrelang nur als solche genutzt werden und nicht umgepflügt werden, um zu einem Acker zu werden. Grünland speichert CO<sub>2</sub> besser als

jede andere Landnutzung, bietet Lebensraum für Insekten und schafft eine gesunde Futtergrundlage. Die Dauergrünlandfläche hat in einigen Bundesländern dramatisch abgenommen, weil sich z.B. mit Maisanbau für Biogasanlagen mehr Geld verdienen lässt.

Betriebe, die im Antragsjahr 2014 Dauergrünland (mindestens fünfjährige Wiesen und Weiden) anmelden, erhalten dieses Dauergrünland auch in Zukunft und brechen davon maximal 5 Prozent um.

#### 3. ökologische Vorrangfläche:

Vorrangflächen werden ökologisch besonders geschützt. Dazu soll der Verzicht auf den Einsatz von Pflanzenschutz und Düngemitteln gehören und der Verzicht auf Bodenbearbeitung. Es geht nicht um das vollständige Herausnehmen aus der Produktion, wie oft behauptet wird. Ökologische Vorrangflächen sind das stärkste Glied in einer Ökologisierung der Agrarlandschaft. Die EU steht in dem Versprechen, bis 2020 den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen (Konvention für Biologische Vielfalt) und das Bundesnaturschutzgesetz fordert die Schaffung eines Biotopverbundsystems das 10 % der Landesfläche ausmachen soll.

Die Betriebe sollten mindestens 7 % ihrer beihilfefähigen Flächen außer Dauergrünland als „im Umweltinteresse genutzte Flächen“ ausweisen. Als Beispiele einer nicht abschließenden Auflistung nennt der Kommissionsvorschlag: „Brachflächen, Terrassen, Landschaftselemente, Pufferstreifen sowie Aufforstungsflächen“. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (2/2013) versucht die Bundesregierung die Vorrangflächen auf 3,5 % zu begrenzen.

## 4. Kritik der Verbände an den Kommissionsvorschlägen

27 Verbände und Organisationen der Zivilgesellschaft haben in einem Papier ihre Kritik an den Kommissionsvorschlägen in Worte gefasst.<sup>13</sup>

Die konkrete Ausgestaltung des Greening ist aus Sicht der Verbände unzureichend, wenn auch die Vorschläge in die richtige Richtung gehen. Grundsätzlich müssen beide Säulen der GAP so gestaltet werden, dass sie einer umwelt- und sozialverträglichen Entwicklung förderlich sind. U.a. wird bemängelt, dass es keinen Anreiz gibt Leguminosen weiter in die Fruchtfolge zu integrieren, was ein wichtiger Beitrag zu Klimaschutz und Artenvielfalt sein könnte. Auch gibt es keinen Anreiz z.B. Maismonokulturen nicht mehr anzubauen. Dass eine Frucht nur 70% der Fläche ausmachen darf, bewirkt keine vielfältige Landwirtschaft.

Der Umbruch von Dauergrünland sollte nur möglich sein, wenn an anderer Stelle neues geschaffen wird.

7% der Flächen für ökologische Vorrangflächen sind nicht genug. Es geht dabei nicht darum diese Flächen völlig aus der Produktion herauszunehmen, sondern z.B. ohne Pestizide zu bewirtschaften! Dazu muss auch das Grünland gehören.<sup>14</sup>

### Unterschiedliche Interessenslagen

**Kommission:** Legitimierung der Agrarausgaben, wichtig, dass die Gesellschaft sie mit trägt – Anliegen der Gesellschaft sind: Umweltschutz, Tierschutz, sichere und billige Lebensmittel

**Staaten:** Wollen nicht zum Nettozahler in der EU werden, sondern mindestens soviel Geld rausbekommen, wie sie einzahlen.

#### Konventionelle Bauern- und Industrieverbände:

(z.B. Deutscher Bauernverband, Industrieverband Agrar; Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie) Landwirtschaft ist gut so, wie sie ist und braucht mehr Unterstützung, um sich am weltweiten Wettbewerb beteiligen zu können. Motto: „wachsen oder weichen“.

**Alternative Verbände:** (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Bund deutscher Milchviehhalter, entwicklungs- politische Organisationen, Umweltverbände) europäische Landwirtschaft hat zu hohe Umweltauswirkungen und weltweite negative Effekte, die eingeschränkt werden müssen. Zum Schutz der Familienbetriebe weltweit und um Umwelt- und Tierschutz umsetzen zu können muss der Kostendruck entschärft werden.

<sup>12</sup> der Begriff Greening steht für Ökologisierung, wobei die verschiedenen Parteien dies unterschiedlich auslegen.

<sup>13</sup> [www.die-bessere-agrarpolitik.de](http://www.die-bessere-agrarpolitik.de)

<sup>14</sup> Aus: Stellungnahme und Vorschläge der Verbände-Plattform zu den Verordnungsentwürfen der EU-Kommission vom 12.10.2011 für eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der europäischen Union

## Aufgabe

Warum ist eine Ökologisierung der Landwirtschaft in Europa eigentlich notwendig? Was und wer stehen dem entgegen? Diskutieren Sie die verschiedenen Vorschläge zu einer Ökologisierung der Agrarpolitik. Kann sie auch ohne öffentliche Förderung erreicht werden?

### Was ist Dumping?

Die EU ist im Unterschied zu Entwicklungsländern in der Lage, ihre Agrarproduktion und Verarbeitung finanziell und gesetzlich zu unterstützen. Dadurch werden Produkte erzeugt, die auf dem Binnenmarkt nicht abgesetzt werden können. Sie landen auch auf den Märkten der Entwicklungsländer, wo sie den einheimischen Produzenten den Markt zerstören, weil sie billiger sind als die selbsterzeugten Nahrungsmittel. Beispiele sind Hühnerfleischexporte (nicht genutzte Teile wie Hals, Füße, Mägen etc) und der Export von Tomaten oder Milchprodukten nach Westafrika und in die Karibik.

Diese Praxis konterkariert die Bemühungen der Entwicklungshilfe, die den afrikanischen Bauern ja ein Einkommen sichern will. Obwohl die direkten Exportsubventionen in den letzten Jahren zurückgefahren wurden, haben viele andere Subventionen ähnliche Wirkungen. So hat die Abschaffung der Milchquote auch Dumpingwirkung, weil viel Milch zu geringen Preisen auf den Weltmarkt strömt. Ebenso profitieren europäische Landwirte durch Flächenprämien bei hohen Weltmarktpreisen in doppelter Hinsicht, weil sie einen besseren Markterlös haben und gleichbleibende Direktzahlungen.

Die Produktion für den Export nützt den großen Produzenten und der verarbeitenden Industrie in der EU, nicht den Menschen in Entwicklungsländern.

## 5. Beispiel: Europäische Milchproduktion – Überproduktion mit System

In Deutschland gibt es über 90.000 Milchviehbetriebe, in denen zusammen über vier Millionen Milchkühe gehalten werden. Sie produzieren jährlich etwa 29,1 Millionen Tonnen Milch. Das ist weit mehr als die Deutschen an Milch und Milchprodukten konsumieren. Ein Großteil der produzierten Milch – etwa 46% – wird exportiert.<sup>15</sup>

Die Überschussproduktion von Milch hat in Europa eine lange Tradition. Anfang der 1980er Jahre machten sprichwörtliche Milchseen und Butterberge Schlagzeilen. Damals kaufte die EU Milch zu Garantipreisen auf – ein politischer Anreiz, mehr zu produzieren als von den Konsumenten nachgefragt wurde. Um der Überproduktion entgegenzuwirken, wurde im Jahr 1984 eine Milchquote eingeführt. Damit wurde (jedes Jahr aufs Neue) festgelegt, wie viel Milch in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten produziert werden darf. Mit der Milchquote wurde die Überproduktion jedoch nicht konsequent eingedämmt, da sie etwa 10% über dem Verbrauch angesetzt wurde.<sup>16</sup>

Die Überproduktion hatte einen Preisverfall von Milch zur Folge, der für viele, gerade kleine Produzenten existenzbedrohend ist. In Deutschland bekommen Milchbauern zur Zeit nur noch 18 bis 24 Cent pro Liter Milch. Damit sind ihre Produktionskosten nur zur Hälfte gedeckt. Immer mehr bäuerliche Betriebe müssen daher aufgeben.

Dagegen profitieren die Molkereien und großen Lebensmittelkonzerne, indem sie die überschüssige Milch ins außereuropäische Ausland exportieren. Denn für diese Milchexporte zahlte die EU in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Milliarden

Euro.<sup>17</sup> Allein im Jahr 2009 hat die EU den Export von 1,12 Millionen Tonnen Milchprodukten mit etwa 300 Millionen Euro gefördert.<sup>18</sup>

Die Folgen dieser billigen Milchexporte sind für die Milchwirtschaft der Empfängerländer dramatisch. In Kamerun zum Beispiel wird europäisches Milchpulver auf Grund der Überschussproduktion und der Subventionen so billig verkauft, dass einheimische Produzenten keine Chance mehr haben.

Damit die lokale Milchwirtschaft in Kamerun und anderen sogenannten Entwicklungsländern eine Chance hat, müssten die Milchexporte der EU insgesamt eingedämmt werden. Der Aufbau der lokalen Milchwirtschaft und -verarbeitung hätte großes Potenzial zur Armutsbekämpfung. Kirchliche Entwicklungsorganisationen engagieren sich in diesem Bereich und fordern die EU dazu auf, ihre Hilfe nicht durch eine auf den Export ausgerichtete Milchpolitik zu konterkarieren.

Doch die EU setzt bisher andere Zeichen. Im Jahr 2008 beschlossen die EU-Agrarminister, die Milchquote langsam zu erhöhen und im Jahr 2015 abzuschaffen. Diese Entscheidung zog heftige Proteste von bäuerlichen Organisationen, aber auch von Entwicklungsorganisationen nach sich.<sup>19</sup> Sie warnen davor, dass eine Abschaffung der Milchquote einen weiteren Preisverfall, noch größere Betriebe und eine stärkere Exportorientierung der Milchwirtschaft zur Folge hätte – mit den entsprechenden Existenz bedrohenden Folgen für Milchbauern. In der EU und in den Importländern sitzen die Bauern im selben Boot. Ihre Lebensweise und Existenz ist bedroht.

<sup>15</sup> <http://www.meine-milch.de/artikel/93500-milchviehbetriebe-in-deutschland>

<sup>16</sup> Berit Thomsen (AbL, 2007): *Strategie billige Milch*, S.7

<sup>17</sup> Quelle: siehe Fußnote 2 (Zahlen zu den Jahren 1996-2006)

<sup>18</sup> Oxfam (2009): *EU-Milchexportsubventionen (WTO-Notifizierungen)* [http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/Exportsubventionen\\_Milch.pdf](http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/Exportsubventionen_Milch.pdf)

<sup>19</sup> <http://www.dw.de/keine-abschaffung-der-milchquote/a-4510707>

<http://www.epochtimes.de/hundertebauern-protestieren-gegen-anhebung-der-milchquote-359078.html>

## 6. Fleischproduktion in der EU: Flächenraub und Umweltzerstörung im Süden

In Deutschland beansprucht der Futtermittelanbau etwa 60% der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Über 60% der europäischen Getreideernte landet in Futtertrögen, weniger als ein Viertel des Getreides kommt auf die Teller.

Die EU importiert 30 Mio. Tonnen Soja und Sojaschrot. Nur dadurch ist eine Fleischproduktion möglich, die die Selbstversorgung weit überschreitet. Der Konsum tierischer Lebensmittel belegt also nicht nur Land in Europa, sondern auch in Übersee. Insbesondere sogenannte Eiweißfuttermittel wie Soja werden aus dem außereuropäischen Ausland importiert – vor allem aus Brasilien, Paraguay und Argentinien. Insgesamt beansprucht Europa rund 19 Millionen Hektar Land in Übersee für den Anbau von Soja – das entspricht ungefähr dem Gebiet von England und Schottland zusammen. Allein für den Fleischkonsum der Deutschen wird auf circa 2,9 Millionen Hektar Soja angebaut – also auf einer Fläche, die in etwa so groß ist wie das Land Brandenburg. In den Anbauländern haben sich die Sojaplantagen in den vergangenen Jahrzehnten rasant ausgeweitet – mit der Folge, dass immer mehr ökologisch wertvolle Wälder und Savannen abgeholzt werden. Außerdem bedroht der Sojaanbau die Bevölkerung im Umfeld der Sojaplantagen. „Soja ist für mich wie eine Bombe. Sie zerstört unsere Lebensgrundlage“, berichtet Geronimo Arevalos, ein Kleinbauer aus Paraguay. Viele Kleinbauern werden von den Sojaproduzenten vertrieben oder verdrängt, teilweise mit Gewalt, die auch von staatlicher Seite ausgeübt wird. Auch wenn die betroffenen Kleinbauern Land schon seit Jahrzehnten genutzt haben, fehlen ihnen häufig offizielle Landbesitzrechte.

Der Sojaanbau verschärft somit die ohnehin sehr ungerechte Landverteilung in vielen südamerikanischen Ländern. In Paraguay zum Beispiel besitzt 4% der Bevölkerung 86% des Ackerlandes.

Ein großes Problem sind die beim Anbau von gentechnisch veränderten Sojapflanzen eingesetzten sogenannten Totalherbizide. Totalherbizide wie Glyphosat sind darauf ausgerichtet, alle Pflanz zu vernichten, nur nicht die Sojapflanzen, die mit Hilfe der Gentechnik gegenüber Glyphosat tolerant gemacht werden. Da die Pestizide häufig per Flugzeug versprüht werden, drifftet das Gift regelmäßig zu den Nachbargrundstücken der Anwohner ab. Die Folge sind massive gesundheitliche Probleme. Studien zeigen, dass es im Umfeld von Sojaplantagen in den vergangenen Jahren zu einer starken Zunahme von Krebsfällen und Missbildungen bei Neugeborenen gekommen ist. Wissenschaftler, Mediziner und Bürgerbewegungen bringen dies mit dem zunehmenden Einsatz von Herbiziden in Verbindung. Auch der kleinbäuerliche Nahrungsanbau leidet unter den versprühten Herbiziden. Die Bauern klagen darüber, dass ein Großteil ihrer Ernte durch die Gifte vernichtet wird.

Der Sojaanbau wirkt sich also nicht nur negativ auf die Umwelt und das Klima aus, sondern führt in den Anbauländern zu Hunger und der Zerstörung einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft.

Aus diesen Gründen fordern Umwelt- und Entwicklungsorganisationen von der EU, den Import von Soja durch die Förderung des Anbaus einheimischer Eiweißfuttermittel zu ersetzen.<sup>20</sup>



Sojamonokultur in Alto Parana, Paraguay

Foto © Steffi Holz



## Aktionsvorschläge

Aufgabe 1: **Machen Sie das Internetquiz „EU“ der Bundeszentrale für politische Bildung mit:** <http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/43106/quiz>

Aufgabe 2: **Diskutieren Sie über einen Preisvergleich zwischen 1 l Cola und 1 l Milch:** Warum kostet Cola mehr als Milch? Ist das gerecht und sinnvoll? Was wäre ein gerechter Preis für Milch?

Aufgabe 3: **Suchen Sie einen Landwirt und interviewen Sie ihn** – Kontakt über die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft ([www.abl-ev.de](http://www.abl-ev.de))

Aufgabe 4: **Schauen Sie sich die Interviews der Agrar Koordination mit Junglandwirten an:** <http://www.agrar-koordination.de/projekte/futtermittel-blues-20/eu-agrarpolitik/stimmen-zur-gap.html>

Aufgabe 5: **Leihen Sie sich die Fotoausstellung „Mensch Macht Milch“ der Abl aus und stellen Sie sie bei sich in der Aula oder einem anderen öffentlichen Ort aus:** EU-Agrarpolitik und bäuerliche Landwirtschaft in Nord und Süd, Auswirkungen und Perspektiven.

Aufgabe 6: **Bestellen Sie Materialien der Kampagne „Meine Landwirtschaft“** ([www.meine-landwirtschaft.de](http://www.meine-landwirtschaft.de)) und diskutieren sie die Forderungen!



## Filme

### „We feed the World“

von Erwin Wagenhofer und Max Annas, 2006

### „Zukunft pflanzen“

von Monique Robin, ARTE 2012

### „Begegnung auf der Milchstrasse“

von Jürg Neuenschwander und DVD mit Arbeitsblättern, Lektionsmodellen: 94 Minuten, 2000/2004

### „Hunger“

von Marcus Vetter und Karin Steinberger, 115 min., 2010



## Literatur

Positionspapier

### „EU-Agrarpolitik muss gesellschaftsfähig werden“

der Verbändeplattform vom 7.9.2012:

<http://www.die-bessere-agrarpolitik.de/>

Positionspapiere.1002.0.html

### Die EU exportiert – die Welt hungert, Warum die EU-Agrarpolitik auf Kosten der armen Länder geht

[http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/20110429\\_oxfam\\_cap-papier.pdf](http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/20110429_oxfam_cap-papier.pdf)

### Agrarpolitische Bericht 2011 der Bundesregierung – Agrarbericht 2011 BMELV:

### Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung:

[www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org](http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org)

### Futtermittel, Importe und Alternativen,

Dossier 28, Agrar Koordination 2012





## Literatur und Hinweise auf Materialien für den Unterricht

### **Wem nützt der Welthandel?**

[www.li.hamburg.de](http://www.li.hamburg.de)

### **Widersprüchliches zur Welternährung (2013);**

Schaubilder und Arbeitsblätter  
[www.welthaus.de](http://www.welthaus.de)

### **Die deutsche Landwirtschaft.**

Leistungen in Daten und Fakten; BMELV 2010

### **Was ist unsere Landwirtschaft wert?**

AID 2009

Weitere Arbeitshefte des Biopoli  
Jugendbildungsprojekts:

### **Agrarkraftstoffe: Eine Antwort in der Klimakrise?**

25 Seiten

### **Klimawandel und Landwirtschaft: Ernährungssicherung durch vielfältige Landwirtschaft**

27 Seiten

### **Agrobiodiversität – Die Rolle der biologischen Vielfalt in der Landwirtschaft für die Ernährungssicherung**

11 Seiten

### **Gentechnik in der Landwirtschaft – (K)eine Lösung für den Welthunger?**

23 Seiten

> [www.agrarkoordination.de](http://www.agrarkoordination.de)



## Übersicht über Internetportale und Institutionen

Verbändeplattform Landwirtschaft:

[www.die-bessere-agrarpolitik.de](http://www.die-bessere-agrarpolitik.de)

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Abl:

[www.abl-ev.de/](http://www.abl-ev.de/)

Bund deutscher Milchviehhalter BDM:

[www.bdm-verband.org](http://www.bdm-verband.org)

Forum Umwelt und Entwicklung:

[www.forumue.de](http://www.forumue.de)

Weltwirtschaft. Ökologie und Entwicklung:

[www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

Kampagne „Meine Landwirtschaft“:

[www.meine-landwirtschaft.de](http://www.meine-landwirtschaft.de)

Deutsche Informationsseite zum Weltagrарbericht:

[www.weltagrарbericht.de](http://www.weltagrарbericht.de)

Oxfam:

[www.oxfam.org](http://www.oxfam.org)

Welthandelorganisation:

[www.wto.org](http://www.wto.org)

Infodienst für den fairen Handel:

[www.weltundhandel.de](http://www.weltundhandel.de)

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen:

[www.ven-nds.de](http://www.ven-nds.de)

Bundeszentrale für politische Bildung – Landwirtschaftspolitik:

<http://www.bpb.de/internationales/europa/europa-eische-union/42889/landwirtschaftspolitik>

Statistisches Bundesamt:

[www.destatis.de](http://www.destatis.de) und  
[www.regionalstatistik.de](http://www.regionalstatistik.de)

Europäische Union – Politikfeld Landwirtschaft:

[http://europa.eu/pol/agr/index\\_de.htm](http://europa.eu/pol/agr/index_de.htm)

EU Agrarstatistik:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/agriculture/introduction>



# Ein Jugendbildungsprojekt

## Ein Bildungsangebot zum Thema weltweite Ernährungssicherheit

Seit 30 Jahren arbeitet die Agrar Koordination gemeinnützig in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zum Themenkomplex Landwirtschaft und Ernährung. Häufige Anfragen zu Themen wie Gentechnik in der Landwirtschaft, Klimawandel, Agrarkraftstoffe, Biologische Vielfalt, Patente auf Leben und EU-Agrarpolitik und Welt(agrar)handel zeigen ein wachsendes Interesse bei Jugendlichen. Dies ist kein Wunder, denn die Themen vereinigen Aktualität, brisante globale politische Zusammenhänge und direkte Auswirkungen hierzulande. Die genannten Themenbereiche erfordern einen exemplarischen, problemorientierten und zugleich fächerübergreifenden Ansatz, um die verflochtenen sozialen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Zusammenhänge überhaupt fassen zu können. Demgemäß sind in den BIOPOLI Arbeitsheften nicht nur natur- und wirtschaftswissenschaftliche Grundinformationen zu finden, vielmehr werden auch ethische und sozialwissenschaftliche Fragen aufgeworfen. Auf dieser Grundlage werden die Jugendlichen in die Lage versetzt, an veröffentlichtem Material die Argumentationsweisen verschiedener Interessensgruppen erkennen, analysieren und kritisieren zu können. Die Themen eignen sich insbesondere für die Fächer Politik, Geographie, Ethik, Biologie, Wirtschaft und Sozialkunde.

Mit den vorliegenden Heften möchten wir Menschen, die in der Jugendbildung (Lehrer/innen, Jugendgruppenleiter/innen etc.) tätig sind, einen Einstieg in die manchmal komplexe Thematik ermöglichen. Die Hefte ergänzen sich, können aber auch einzeln genutzt werden. Dieses Heft steht in einer Reihe von Publikationen des Projektes zu den Themen:

- Agrobiodiversität
- Gentechnik in der Landwirtschaft
- EU-Agrarpolitik und Welthandel
- Klimawandel und Landwirtschaft
- Agrarkraftstoffe

### UNSER ANGEBOT:

Dieses Heft ist ein Angebot des Jugendbildungsprojektes BIOPOLI. Wir haben einen Pool von Referenten und Referentinnen aufgebaut und geschult, die auf Anfrage gerne in Ihre Schule oder Jugendgruppe kommen. Sie führen in die Thematik ein, z.B. im Rahmen einer Doppelstunde, es können aber auch ganze Projektstage oder Projektwochen gebucht werden. Die entstandenen Hefte bieten darüber hinaus zahlreiche Möglichkeiten, die Themen in der Ausbildung weiter zu verstärken. Diesem Ziel dienen auch Begleitmaterialien, die Sie bei uns anfordern können:

Eine Ausstellung „Genetische Vielfalt in der Landwirtschaft“, und „Klimawandel und Landwirtschaft“, verschiedene Filme über Gentechnik in Mittelamerika, Klimawandel auf den Philippinen oder die Rolle von Saatgut in der Ernährungssouveränität. Anregungen zu Rollenspielen, ein Saatgutkoffer zum Ausleihen und vieles Andere. Bitte informieren Sie sich bei uns!

Das Angebot richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 25 Jahren.

Rufen Sie uns an oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne kommen unsere Referenten/innen auch in Ihre Schule oder Jugendgruppe.

Ihre  
Agrar Koordination



## IMPRESSUM:

### Autorinnen:

Ursula Gröhn-Wittern (Agrarpolitik),  
Sandra Blessin (Welthandel)  
Christine Weissenberg  
Julia Sievers-Langer

### Redaktion:

Julia Sievers-Langer  
Mireille Remesch



### Herausgeber:

Agrar Koordination &  
Forum für Internationale Agrarpolitik e.V.  
(FIA)  
Nernstweg 32  
22765 Hamburg  
Tel.: 040-39 25 26  
Fax: 040-39 90 06 29  
Email: [info@agrarkoordination.de](mailto:info@agrarkoordination.de)  
Internet: [www.agrarkoordination.de](http://www.agrarkoordination.de)



### Spendenkonto:

Forum für internationale Agrarpolitik e.V.  
GLS Bank  
BLZ 430609 67  
Kontonummer 2029563500

FIA e.V. ist der Trägerverein der Agrar Koordination. Spendenquittungen können ausgestellt werden.

### Copyright 2013

### Layout und Druck:

Druckerei in St. Pauli, Hamburg

Mit finanzieller Unterstützung des BMZ und des Katholischen Fonds. Wir danken für die freundlichen Unterstützung!



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

ISBN 978-3-9813497-8-8

März 2013